

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bijan Djir-Sarai, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Peter Heidt, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung

– Drucksachen 19/19002, 19/19583 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Friedensabkommen von Algier zwischen der malischen Regierung und bewaffneten Gruppierungen aus dem Jahr 2015 ist noch nicht entscheidend vorankommen. Stabilität und Sicherheit Malis sind durch den anhaltenden Konflikt unter den einzelnen Akteuren immer noch bedroht. Staatliche Institutionen sind geschwächt und weiterhin nicht in der Lage selbstständig und erfolgreich zu wirken. Trotz des internationalen Engagements verschlechtert sich aktuell die Sicherheitslage Malis. Dies wirkt sich wechselseitig negativ auf die Staaten der gesamten Sahel-Region aus. Hinzukommt die Verschärfung der Sicherheitslage in den Anrainerstaaten des Golfs von Guinea, die im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Sahel-Region stehen, wie aus einer Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP hervorging (<http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/19/184/1918496.pdf>).

Mehr als zehn militante Islamistische Gruppen sind in Mali, Burkina Faso und Niger aktiv. Für das Jahr 2018 verzeichnet das Africa Center for Strategic Studies in der Sahel-Region 1.110 Todesfälle, die im Zusammenhang mit militanten islamistischen Gruppen stehen und damit doppelt so viele wie im Jahr 2017. 34 % der Gewaltverbrechen richteten sich gegen Zivilisten. Besonders kritisch ist die Sicherheitslage im Norden und im Zentrum Malis. Dort kommt es regelmäßig zu Anschlägen, militärischen Kampfhandlungen und ethnisch motivierten Übergriffen und Gewalttaten. Hinzukommen Auseinandersetzungen lokaler Milizen und ethnischer Gruppierungen sowie Formen organisierter Kriminalität, die grenzüberschreitend wirken.

Das bisherige internationale Engagement von UN, EU, ECOWAS und AU konnte nicht effektiv und effizient genug koordiniert und umgesetzt werden. Das häufige Nebeneinander verschiedener multinationaler wie binationaler Missionen und Maßnahmen schränkte eine zielgerichtete und erfolgreiche Hilfe und Unterstützung Malis und seiner Nachbarstaaten ein.

Der UN-Sicherheitsrat hat mit der Annahme der Resolution 2480 (2019) das Mandat der UN-Stabilisierungsmission MINUSMA bis Ende Juni 2020 verlängert und auf die Sicherheitslage reagierend den Schutz der Zivilbevölkerung in Zentralmali als Priorität aufgenommen. Nationale Einschränkungen der MINUSMA-Kontingente und fehlende Hochwertfähigkeiten wie bspw. geschützte Transportmittel oder Hubschrauber führten zu mangelnder Effektivität der MINUSMA-Streitkräfte und einem Ausfall als Ordnungsfaktor in der Region. Daher soll laut Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu Mali das MINUSMA-Kontingent umstrukturiert werden und mehr Hochwertfähigkeiten wie Spezialkräfte, Luftbeweglichkeit und Aufklärungsfähigkeiten erhalten (<https://digitallibrary.un.org/record/3841840?ln=en#record-files-collapse-header>).

Der Rat der Europäischen Union hat beschlossen, das bisherige Mandat für die Ausbildungsmission EUTM Mali zu verlängern und zu erweitern. Bisher unzureichendes oder fehlendes Monitoring und Evaluierung der Ausbildungsmaßnahmen minderten den Erfolg bei EUTM Mali. Im Rahmen der Mission soll es nun möglich sein, der gemeinsamen Einsatztruppe der G5 Sahel und den nationalen Streitkräften in den G5-Sahel-Ländern durch militärische Beratung, Ausbildung und Mentoring militärische Unterstützung bis auf die taktische Ebene zu leisten (www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/03/23/eutm-mali-council-extends-training-mission-with-broadened-mandate-and-increased-budget/).

Frankreich hat mit seinen beiden eigenständigen Operationen „Serval“ bis 2015 und der Nachfolgemission „Barkhane“ zur Stabilisierung der Region nach dem Aufstand lokaler Gruppierungen 2012 und dem darauffolgenden Zusammenbruch der staatlichen Ordnung Malis einen maßgeblichen Anteil beigetragen. Um das aktuelle Erstarken und Vordringen der islamistischen Terrorgruppen und anderer Milizen in der Sahel-Region zu stoppen, erhöht Frankreich derzeit die Schlagkraft und Durchsetzungsfähigkeit seiner Verbände bei der Operation „Barkhane“. Zudem wurde durch Frankreich nach Einladung der Regierungen von Mali und Niger eine Mission unter Beteiligung europäischer Staaten zur Ausbildung und Begleitung von Spezialkräften der G5 Sahel im Rahmen der Operation „Tacouba“ gestartet. Diese sollen dann auch mit den militärischen Einheiten der G5-Sahel-Staaten kooperieren und unterstützen. An der Mission werden sich neben Frankreich Belgien, Dänemark, Estland, Niederlande, Portugal und Schweden beteiligen. Deutschland unterstützt diese Mission bislang politisch und hat Anfragen zur Teilnahme, insbesondere auch aus rechtlichen Gründen, mehrfach abgelehnt, wie aus einer Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP hervorging (<http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/19/161/1916164.pdf>). Die Streitkräfte Frankreichs in der Sahel-Zone werden durch ihre verschiedenen Engagements derzeit stark beansprucht. Gleichzeitig beabsichtigen die USA ihre Prioritäten und Kapazitäten unter anderem von Afrika nach Südostasien zu verlagern (www.nytimes.com/2019/12/24/world/africa/esper-troops-africa-china.html). Die entstehende Lücke wird nicht

durch Frankreich alleine ausgefüllt werden können. Andere staatliche Akteure oder Terrororganisationen und lokale Milizen könnten diesen Umstand für sich zulasten westlicher Staaten zu Nutzen machen.

Auch die malische Regierung hat bisher noch nicht alle erforderlichen Maßnahmen zur Modernisierung ihrer Sicherheitsorgane umgesetzt. Somit war die benötigte wirkungsvolle Reform des Sicherheitssektors insgesamt nicht möglich. Auch die Regionalorganisation G5 Sahel, die unter anderem zur Bekämpfung der in der Sahel-Region ansässigen verschiedenen islamistischen Terrororganisationen 2014 gegründet wurde, konnte noch nicht wirkungsvoll genug ihre Fähigkeiten einbringen. Eine dauerhafte Übernahme der staatlichen Sicherheitsaufgaben Malis und der Sahel-Region durch Dritte kann und darf aber nicht stattfinden. Zwischen den Akteuren der Mehrzahl der Projekte und Missionen sowie der malischen Seite findet aktuell noch keine ausreichende Abstimmung statt.

Die Sahel-Zone ist auch ein Schwerpunkt deutscher Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Deutschland beteiligt sich an den internationalen Missionen MINUSMA, EUTM Mali, EUCAP Sahel Mali und EUCAP Niger. Desweiteren hat Deutschland seit 2018 im Rahmen einer nationalen Ertüchtigungsinitiative unter der Bezeichnung „Gazelle“ die Ausbildung von Spezialeinheiten in Niger übernommen. Die Stabilität im Sahel hat für die Europäische Union strategische Priorität, denn eine Verschlechterung der Sicherheitslage in der Region befördert das Erstarken von islamistischen sowie terroristischen Gruppen und erschwert die Möglichkeiten Migration in Richtung Europa besser zu steuern.

Das Auswärtige Amt stellt Mittel zur Stabilisierung der G5-Staaten zur Verfügung und unterstützt zusammen mit dem Bundesministerium der Verteidigung bilaterale Initiativen zur Ertüchtigung, u. a. im Sicherheitssektor und Migrationsmanagement. Zudem unterstützt die Bundesregierung die grenzüberschreitende Sahel-G5-Initiative der Sahelländer Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad und ist Mitgründer der Gebergruppe Sahel-Allianz.

Die aktuelle Coronavirus-Erkrankung (COVID-19) bedroht auch die Staaten der Sahel-Region. Die unzureichende medizinische Versorgung und der schwache Ausbau staatlicher Sanitätsstrukturen können bei einer Pandemie zu katastrophalen Bedingungen für die Zivilbevölkerung führen. Daher sollten sich die internationalen Akteure darauf vorbereiten, im Rahmen der COVID-19-Bekämpfung und -versorgung verstärkt vor Ort staatliche Handlungen unterstützen zu können. Diese Maßnahmen könnten auch zu einem besseren Ansehen und Vertrauen in die Behörden als auch der internationalen Akteure führen.

Am 31. Mai 2020 laufen die Bundeswehrmandate für MINUSMA und EUTM Mali aus. Im Anbetracht der Sicherheitssituation hat die deutsche Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, nach ihren Truppenbesuchen in Niger und Mali im Jahr 2019 eine grundlegende Überarbeitung der Missionen in Aussicht gestellt: Die Missionen und bilateralen Ansätze müssten stärker zusammengedacht und angepasst werden. Dazu gehörten auch politische und zivilgesellschaftliche Komponenten. Sie forderte zudem ein robusteres Mandat für das deutsche militärische Engagement (www.faz.net/aktuell/politik/inland/akk-im-interview-ueber-die-naechsten-ziele-in-2020-16556221.html). Es zeigt sich allerdings, dass die Bundesregierung bislang keine Pläne hat, ihr Engagement in der Sahel-Zone strategisch zu fokussieren und die Arbeit des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums und des Entwicklungsministeriums effektiver abzustimmen und zu koordinieren. Dabei gilt es, nicht nur in militärischen Kategorien zu denken, sondern regionale politische Wege zu finden und die Menschen vor Ort zu unterstützen, Wirtschaft und Politik mitzugestalten.

Das Engagement Deutschlands in der Sahel-Region ist angesichts der vorhandenen Interessen und Absichten legitim und nachvollziehbar. Fragile Sicherheit, politische Instabilität, ethnische Konflikte, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, ungeordnete

Migrationsbewegungen und erstarkender Terrorismus stellen weiterhin die Hauptprobleme der Sahel-Region mit Auswirkungen auch auf Europa dar. Mit den dem Deutschen Bundestag vorgelegten Mandaten zu MINUSMA und EUTM Mali bleibt die Bundesregierung hinter ihren selbstgesteckten Zielen und Lösungen für die Sahel-Region zurück. Ansätze der besseren Verzahnung und Harmonisierung unterschiedlicher Missionen und Maßnahmen sind nicht ausreichend, um schneller effektivere Ergebnisse des Engagements vor Ort zu erreichen und zu verstetigen. Auch die avisierte Unterstützung Deutschlands zur Verbesserung der sich verschlechternden Sicherheitslage in der Sahel-Region ist gemessen am Bedarf, den Möglichkeiten und den Interessen Deutschlands in der Sahel-Region unbefriedigend. Beispielsweise folgen der deutlichen Vergrößerung des Mandatsgebietes bei EUTM Mali die Fähigkeitsanpassungen, bspw. bei der Unterstützung und Gestellung von Hochwertfähigkeiten, im Mandat unproportional. Damit wird die Bundesregierung ihrer Verantwortung und den Erwartungen unserer internationalen Partner weiterhin nicht gerecht. Berechtigte außen- und sicherheitspolitische Interessen sowie Ziele und Vorstellungen der Entwicklungshilfe und Menschenrechtspolitik Deutschlands und seiner Verbündeten in der Sahel-Region können mit dem vorgelegten Bericht der Bundesregierung zur Lage und zum deutschen Engagement in Mali/Sahel als auch den unterstützungswerten Mandaten zu MINUSMA und EUTM Mali nicht in ausreichendem Maß gewahrt werden. Die vorgesehenen, kleinteiligen Schritte und Erweiterungen spiegeln nicht die erforderlichen Maßnahmen wider, die angesichts der aktuellen Situation der Sahel-Region erforderlich wären. Insbesondere das Fehlen einer übergeordneten strategischen Betrachtung und Abstimmung über einheitliche Ziele sowie das weitere Vorgehen gemeinsam mit unseren internationalen Partnern und den verantwortlichen Regierungen der Sahelstaaten stellen den Haupthinderungsgrund für eine schnelle Hilfe und langfristige Verbesserung der Lage der Sahel-Region dar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Initiative zu ergreifen, um in der UN und der EU zusammen mit unseren internationalen Partnern bei der Sahel-Allianz und unter Einbindung der AU und ECOWAS sowie den G5-Sahel-Staaten eine gemeinsame, übergeordnete Strategie für die Sahel-Region zu erarbeiten,
2. sich intensiv mit unseren internationalen Partnern und den G5-Sahel-Staaten über die Ziele, Aufgaben und bisherigen Resultate der Missionen und Projekte auseinanderzusetzen und zeitnah zu evaluieren,
3. sich dafür einzusetzen, die bisherigen verschiedenen internationalen Engagements in der Sahel-Region miteinander enger zu verknüpfen,
4. den vernetzten Ansatz bei ihrem Engagement in der Sahel-Region fortzusetzen und ressortübergreifend eine engere Verzahnung und Harmonisierung der einzelnen aktuellen und künftigen Ressortmaßnahmen durchzuführen und Synergieeffekte zu nutzen,
5. die bisherigen Missionen MINUSMA, EUTM Mali, EUCAP Niger, EUCAP Sahel Mali sowie Ertüchtigungsinitiativen und Ausstattungshilfen auf ihre Wirksamkeit und Effizienz zu überprüfen und notwendigerweise anzupassen,
6. den militärischen Einsatz mit regionalen politischen und wirtschaftlichen Bemühungen zu vernetzen, um die Menschen vor Ort nachhaltig zu unterstützen,
7. das strategische Dokument „Bericht der Bundesregierung zur Lage und zum deutschen Engagement in Mali/Sahel zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages“ von März 2020 fortzuentwickeln und in das künftige vernetzte Engagement Deutschlands stärker einzubinden, gegebenenfalls an neue Rahmenbedingungen anzupassen,

8. in partnerschaftlichen Gesprächen mit den G5-Sahel-Staaten und insbesondere der malischen Regierung auf rasche strukturelle Reformen des gesamten Sicherheitssektors zu drängen und eine effektivere Ausbildung und Reform der Sicherheitskräfte der G5-Sahel-Staaten energisch zu unterstützen,
9. die Beschlüsse des VN-Sicherheitsrats (Res 2423 von 2018) und des Rates der Europäischen Union (GASP 434 von 2020) zur einsatzbegleitenden Unterstützung (Mentoring) auch in das deutsche Mandat zur Ausbildung der Sicherheitskräfte der G5-Sahel-Staaten zu übernehmen, ohne dies mit Einschränkungen zu versehen, die dem Geiste dieser Beschlüsse widersprechen,
10. einen ehrlichen Austausch mit Frankreich über gemeinsame realistische Ziele in der Sahel-Region zu führen, mit dem Ziel einer stärkeren Unterstützung des Engagements Frankreich vor Ort,
11. zu prüfen, wie Deutschland künftig MINUSMA und die EU-Missionen EUTM Mali, EUCAP Niger und EUCAP Sahel Mali wirkungsvoller unterstützen kann,
12. erforderliche materielle Ausstattungshilfen für die G5-Sahel-Staaten nach Bedarf und Prüfung zu ermöglichen,
13. die Kontingente von Bundeswehr und der Polizeien in der Sahel-Region sowie die Botschaften mit adäquaten Material für ihre Auftrags Erfüllung insbesondere vor dem Hintergrund der verschärften Sicherheitslage auszustatten,
14. die Lage im Golf von Guinea verstärkt zu betrachten und in die Lagebewertung der Sahel-Region miteinzubeziehen sowie das eigene Engagement am Golf von Guinea zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen,
15. sich auf eine verstärkte Unterstützung bei der Versorgung und Bekämpfung der aktuellen Coronavirus-Erkrankung (COVID-19) vor Ort einzustellen,
16. mit unseren internationalen Partnern und den G5-Sahel-Staaten eine Perspektivstrategie mit realistischen Zielen und ambitionierten Zeitplan auf mittlere bis lange Sicht zu erarbeiten, die eine konzeptlose und unabgestimmte Erweiterung der verschiedenen Missionen und Projekte verhindert,
17. einen weitergehenden Friedensdialog zwischen allen beteiligten Akteuren untereinander zu vermitteln und zu unterstützen.

Berlin, den 26. Mai 2020

Christian Lindner und Fraktion

